

VORWORT

Ist Frauenförderung heute noch notwendig und zeitgemäß?

Heike Frei

Landesfrauenvorsitzende Hessen

Ich beginne mit einer kleinen Zeitreise: Oktober 1987, Kassel – 5. HBPA. Mein erster Tag bei der Hessischen Polizei. Vor dem Tor zögerte ich einen Moment. Will ich wirklich? Ja, ich wollte – sowas von unbedingt!

Ich wollte einen Beruf, in dem ich meine Ideale verwirklichen kann, wollte mich für die Rechte anderer einsetzen und viel erleben. Action und alles was dazugehört. Mit



Weiterbildung 1988/89 Wiesbaden (Mudra)

21 Jahren war ich voller Tatendrang und ich glaube viele von euch haben eine ähnliche Situation erlebt.

Ich war damals auf vieles gefasst, aber ganz bestimmt nicht darauf, bei so vielen männlichen Kollegen unerwünscht zu sein. Weil ich eine Frau bin. Eine Frau in Polizeiuniform.

Unsere Ausbilder waren meist streng und unfreundlich. „Mann“ versuchte uns noch zu „erziehen“. Für einige war es gut – für andere sehr ungewohnt. Zu Letzteren gehörte ich. Aber auch an die Situation, von Vorgesetzten zweideutige Bemerkungen und herablassende Sprüche hören zu müssen, habe ich mich im Laufe der Ausbildung gewöhnt. Ich wollte ja unbedingt in diesen „Männerberuf“.

Nach der Ausbildung kam der Einzeldienst in Frankfurt. In meiner Heimatstadt

freute ich mich auf die Berufspraxis und die Kollegen.

Der Anblick von Frauen in Polizeiuniform war auch sechs Jahre nach der ersten Einstellung von Kolleginnen noch immer extrem „ungewöhnlich“. Viele Frauen waren bis dahin in irgendwelchen Büros „verschunden“ und nie im Streifendienst angekommen. Im Nachtdienst war ich in Frankfurt oft die einzige Frau im Dienst.

Bei meinen Kollegen traf ich auf verschiedenste Einstellungen zu dem Thema „Frauen bei der Polizei“. Einige wollten mir die Tür des Streifenwagens aufhalten, andere meine Telefonnummer. Ich traf auf viel Unsicherheit, Misstrauen, Ablehnung und Neugier.

Zurück in das Jahr 2020. Heute will mir niemand mehr die Tür zum Streifenwagen aufhalten – und das ist gut so. Wir Frauen haben in den vergangenen 30 Jahren bewiesen, dass wir mit Kompetenz, Mut, Empathie und Selbstbewusstsein ein ganz normaler Teil der Polizei sind. Ein ganz normaler Teil? Gleichberechtigt mit den männlichen Kollegen? In vielen Bereichen ein eindeutiges JA! Aber eben nicht immer und nicht überall.

Frauen werden schwanger und gebären Kinder. Das lässt sich nun mal nicht ändern. Frauen erziehen, betreuen, versorgen, trösten und fördern Kinder. Das jedoch lässt sich ändern, denn das können Männer auch. Aber noch immer sitzt diese veraltete Rollenverteilung in den Köpfen der Gesellschaft und die der Polizei viel zu fest. Männer machen Karriere – Frauen versorgen brav die Familie. Dabei sitzen die wenigsten von uns noch am offenen Feuer und warten auf den Mann, der von der Jagd zurückkehrt. Wie viele Kollegen kennt ihr, die bis Erreichen des Kindergartenalters des Sprösslings in Elternzeit sind? Wie viele Kollegen gehen in Teilzeit, um die Pflege eines Angehörigen zu übernehmen und den Haushalt führen zu können? Wie viele Polizisten kennt ihr, die zugunsten der Partnerin auf die eigene Karriere verzichten? Es gibt solche Kollegen – aber es sind verschwin-



An der HPA (HAL ca. 1989)

dend wenige. Stelle ich die Fragen mit umgedrehten Geschlechtern fällt sicher jedem der Name einer Kollegin ein.

Ich möchte hier noch klarstellen: Ich bin weit davon entfernt, eine wildgewordene, extremistische Feministin zu sein! Ich mag Männer und arbeite gerne mit Männern zusammen! Ich denke nur, dass noch viel zu tun ist, bis wir eine tatsächliche Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen bei der Polizei erreicht haben. Noch immer sind viel zu wenig Führungspositionen mit Frauen besetzt. Je höher der Dienstgrad – je niedriger der Frauenanteil. Dabei haben wir so viel Führungspotenzial und fachliche Kompetenz in weiblicher Form bei der Polizei!

Veränderungen festgefahrener Denkmolelle brauchen Zeit. Aber es sind fast 40 Jahre vergan-



Fotos: Heike Frei (3)



Gewerkschaft der Polizei

gen, seit die ersten Frauen bei der Polizei eingestellt wurden. Gut Ding will Weile haben. Aber 40 Jahre ist schon eine Menge Zeit. Also woran liegt es, dass wir noch immer keine volle Gleichstellung zwischen den Geschlechtern

erreichen konnten? Auf die Frage gibt es sicher viele Antworten und Meinungen. Ich möchte nun auch keine sozialwissenschaftlichen Weisheiten über ein solch komplexes Thema zitieren. Aber eines ist sicherlich

richtig: Gleichstellung muss in den Köpfen beider Geschlechter beginnen, denn wer die Besten will, kann auf Frauen nicht verzichten!

Die Gleichstellung innerhalb der Polizei ist ein erklärtes Ziel der GdP.

Im Landesbezirk Hessen bin ich die 1. Vorsitzende der Frauengruppe und vertrete Hessen im Bundesfrauenvorstand. Wir setzen uns

für die Rechte der Frauen ein. Wir unterstützen und fördern Kolleginnen. Wir beraten zu Familienthemen, bieten Seminare und Freizeitevents nur für Frauen an. Wir machen auf Missstände aufmerksam und erarbeiten Verbesserungsvorschläge.

Durch die Zusammensetzung des Vorstandes der Frauengruppe sind wir in allen Präsidien vertreten und stehen als Ansprechpartnerin für Frauen und Männer zur Verfügung. Durch ein breites Netzwerk können wir in vielen Bereichen weiterhelfen und/oder weitere Hilfe und Unterstützung vermitteln.

Du bist eine Frau und hast Lust dich ehrenamtlich zu engagieren und einzubringen? Wir freuen uns über Ideen, Anregungen und Mitarbeit in der Frauengruppe! Gerne kannst du dich unter der E-Mail-Adresse Heike.frei.gdp@web.de mit uns in Verbindung setzen, denn Frauenförderung ist leider auch heute noch notwendig und zeitgemäß!

Packen wir's an!

gen Landfriedensbruch, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Hausfriedensbruch, Bedrohung, Beleidigung, Diebstahl und Widerstand gegen Polizeivollzugsbeamte ein. Quelle: www.welt.de

Mithin zeigt sich durch diesen geschilderten Fall, wie weit die Gewalttaten gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte vorgeschritten sind. Eine in der Gesellschaft feststellbare Skrupellosigkeit verschiedener Gesellschaftsschichten, physische und psychische Gewalt auszuüben, somit auch gegen Polizeiangehörige und deren Familien außerhalb des Dienstes vorzugehen, ist zu konstatieren.

Damit einhergehend ist die Veröffentlichung von Namen und Privatadressen, verbunden mit dem Aufruf zur Gewalt, insbesondere auf linksradikalen Internetseiten, jederzeit im Internet recherchierbar. Aber auch Bedrohungen und Einschüchterungen finden an anderer Stelle statt: Angehörige von kriminellen Clans versuchen zunehmend, Polizeibeamte in ihrem privaten Umfeld einzuschüchtern. Der Osnabrücker Polizeipräsident Michael Maßmann berichtete im Gespräch mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ über solche Fälle in Niedersachsen.

So seien etwa Menschen mit Clanbezug vor dem Wohnhaus eines Beamten aufgetaucht, in einem anderen Fall sei ein Polizist in einem Fitnesscenter angesprochen worden. Polizisten könnten sich dagegen nur schwer zur Wehr setzen, beklagte Maßmann. „Hier ist der Gesetzgeber gefragt. Wir brauchen zum Beispiel einen Stalkingparagrafen, der Amtsträger wie Polizisten besser schützt.“

Die Gewerkschaft der Polizei beobachtet bereits seit Jahren mit Sorge den teils massiven Druck des Gegenübers bei Einsätzen im Clanmilieu. Die gegenwärtige Ausgangslage spiegelt eine Zunahme der Gewalt in allen gesellschaftlichen Bereichen wider. Ein täglicher Blick in die mediale Berichterstattung belegt dies eindrucksvoll.

Der Gewalteintritt gegen gesellschaftliche Autoritäten stellt in doppelter Weise einen Normbruch dar: Einerseits verstoßen die Täter dieser Gewalttaten gegen die gesetzliche Vorgabe des Gewaltverzichts. Andererseits werden Personen angegriffen, die eine besondere Funktion erfüllen und denen daher mit besonderer Wertschätzung begegnet werden sollte. Es überrascht

deshalb nicht, dass diese Gewalttaten eine starke öffentliche Aufmerksamkeit erhalten. Hierzu gehören u. a. Übergriffe auf Lehrkräfte in Schulen, aber auch körperliche Auseinandersetzungen mit Rettungskräften wie Feuerwehrmännern oder Notärzten. In einigen Gebieten Deutschlands werden in diesem Zusammenhang auch Angriffe auf Bus- und Straßenbahnfahrer oder Fußballschiedsrichter diskutiert. Den genannten gesellschaftlichen Autoritäten ist gemeinsam, dass die Konfrontation mit der Gewalt nicht zu ihrem Berufsalltag gehört. Die Gewaltübergriffe treffen diese Personen umso überraschender, mit der Folge einer möglicherweise nachhaltigen Erschütterung des Vertrauens in die zu betreuende Klientel. Quelle: www.innenministerkonferenz.de

Polizisten, Gerichtsvollzieher und Bedienstete im Justizvollzug gehören ebenfalls zu den Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes in Hessen mit den gravierendsten Gewalterfahrungen. Weniger, aber noch immer deutlich betroffen sind Beschäftigte bei Jobcentern. Auch Lehrer würden in erheblichen Maße bedroht, beleidigt, respektlos behandelt und beschimpft, meist von Schülern.

Als Ursachen für die Zunahme der Gewalt gegen die hessische Zivilgesellschaft, insbesondere der Vertreter des Staates, kann man die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung nennen. Trotz teils anderslautender Studien bildet sich bei vielen der Eindruck, dass „früher alles besser war“ und dafür muss es „Verantwortliche“ geben. Die Verantwortlichkeit wird oftmals im Staat und damit bei „seinen Beschäftigten“ gesehen. Angeheizt wird dieser Eindruck immens durch die sozialen Medien, bei denen „jedermann anonym seinen Frust“ veröffentlichen kann. Dies führt oftmals zu sehr aufgeheizten – aber niveaularmen – Debatten, die nicht selten in verbale Gewalt (Hatespeech und Fake News) und Beleidigungen aller Art umschlagen. Blieben in früheren Zeiten „Frustgespräche an Deutschlands Stammtischen“

hängen, werden diese heute in der ganzen Welt „geteilt“. Nicht selten „schaukeln sich Kommentare hoch“ und viele Menschen fühlen sich (ggf.) darin bestätigt, vorhandenes Gewaltpotenzial möglichst medienwirksam auszuleben. Zusätzlich zu „Fake News“ aus den sozialen Netzen kommentieren namhafte Vertreterinnen und Vertreter aus dem politischen Raum oftmals geäußerten Unmut. Dies ausschließlich, um Ängste zu schüren und neues Wählerpotenzial zu gewinnen.

„Befremdlich, wenn Ausländer, die nicht in Deutschland leben, Grundrente erhalten, während Rentner in Deutschland Pfandflaschen sammeln.“ Dr. Alice Weidel, Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, kritisiert den Vorschlag zur Grundrente von Arbeitsminister Heil (SPD), Geld aus der Rentenkasse künftig zusätzlich an rund 175.000 EU-Ausländer im Ausland auszuzahlen. „Die Bekämpfung der immer mehr zunehmenden Altersarmut in Deutschland sollte für die Politik oberste Priorität haben. Da mutet es befremdlich an, wenn Arbeitsminister Heil einen Entwurf vorlegt, wonach Ausländer, die nicht einmal in Deutschland leben, mit Grundrente versorgt werden sollen. Das geht völlig am Ziel vorbei. Zusätz-



Der Landesfrauenvorstand Hessen (von links nach rechts: Esther Jaeckel (PPOH), Heike Frei (PPSH), Karin Schäfer (PPFFM), Iris Icke (PPNH), Kerstin Wöhe (PPMH). Es fehlt: Tina Sauer (PPSOH)

AUS DEM LANDTAG

GdP bei Anhörung im Landtag: Gewalt gegen die Zivilgesellschaft

Jens Mohrherr

Für die GdP im Landtag:

Ein fraktionsübergreifender Antrag aus dem März dieses Jahrs war gegenständlich einer öffentlichen Anhörung im Hessischen Landtag. Das Phänomen „Gewalt gegen die hessische Zivilgesellschaft“ ist (leider) für die Polizeibeschäftigten Bestandteil des täglichen Alltags. Dies nicht nur innerhalb des Dienstes, sondern darüber hinaus auch im (familiären) Privatleben. Im Mai 2019 wurde beispielsweise ein niedersächsi-

scher Polizeibeamter und seine Familie bedroht.

Der beispielhafte Fall: Die Polizei spricht von „einer neuen Qualität der Gewalt“. Nach einer friedlich verlaufenden Demonstration in Gorleben haben rund 60 zum überwiegenden Teil verummte Personen das Grundstück und private Wohnhaus eines Polizisten im niedersächsischen Hitzacker belagert. Nach Angaben der Polizei hätten sie zuvor vor dem Haus lautstark versucht, die Familie einzuschüchtern. Der Beamte selbst war nicht zu Hause. Beim Angriff soll es zu Sachbeschädigungen gekommen sein.

Die alarmierte Polizei konnte mit einem Großeinsatz die zunächst geflohenen Belagerer in der Nähe des Grundstücks an einem Bahnübergang fassen. „Dabei kam es zu Handgreiflichkeiten und Widerstandshandlungen“, erklärte die Polizei. Alle wurden vorläufig festgenommen, um ihre Personalien festzustellen. (...) Die Polizei konstatierte in ihrer Pressemitteilung einen „gezielten Angriff auf Polizeibeamte als Privatpersonen“ sowie „eine neue Qualität der Gewalt gegenüber der Polizei und ihren Angehörigen“. Sie leitete in Absprache mit der Staatsanwaltschaft Lüneburg Strafverfahren we-

DP – Deutsche Polizei
Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschentz (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden



„Die Entbehrungen der vergangenen Monate und die Folgen des „Lockdowns“ bringen Menschen noch früher in „grenzwertige Situationen, die schneller in Überreaktionen und folglich in psychische und physische Gewalt münden. Unabhängig von den Einflüssen der Corona-Pandemie war bereits im vergangenen Jahr eine Zunahme gerade der Gewalt gegen Polizeibeamte wahrzunehmen.“

tragsgeldern ins Ausland abfließen sollen. Deutschland hat sich zuvorderst um die eigenen Bürger zu kümmern“, sagt Weidel.

Soziale Missgunst, gepaart mit vorsätzlichen Falschaussagen suggerieren den Leserinnen und Lesern, der deutsche Staat benachteilige seine Bürgerinnen und Bürger zugunsten von Ausländern. Verbale Entgleisungen im Internet, häufig gepaart mit dem Konsum und häufigem Missbrauch berauschender Mittel (BtM, Alkohol oder Medikamenten) enthemmen auch zunehmend die Gesellschaft im alltäglichen Stadtleben. Wenn eine große Anzahl von Menschen an beliebten Aufenthaltsorten zusammentritt, kommt es nach Konsum berauschender Substanzen häufiger zu physischen Gewaltausbrüchen. In den Großstädten Stuttgart und Frankfurt wurde dies (negativ) eindrucksvoll bestätigt. Welt- und deutsch-

tur. Neben dem Ansinnen, einen erneuten Anstieg der Corona-Infektionen zu vermeiden, sind in Stuttgart wie in Frankfurt Interessen aufeinandergestoßen, die je für sich berechtigt sind:

Freunde treffen und feiern gegen das Bedürfnis nach Sauberkeit und Nachtruhe der Anwohner/-innen. (...) Eine solche Regelung gab es einmal. Die sogenannte Sperrstunde regelte die Öffnungszeiten von Gaststätten und Bars. Mit Ausnahme von wenigen Betrieben mit Nachtkonzession war der Schankbetrieb werktags in der Regel nachts um Eins einzustellen – für das Wochenende gab es zuweilen Sonderregelungen. Diese Regel, die mit Abweichungen deutschlandweit außer in Berlin galt, hatte Einfluss auf die Lebensrhythmen der Menschen: Die Feiern begannen durchweg früher und endeten eher, kürzer waren sie deshalb nicht. Und die nächtlichen Ruhezeiten bedienten die Interessen der Ruhebedürftigen. Landespolitiker/-innen aller Parteien fanden sich vermutlich besonders „cool“, als sie für die Abschaffung dieser Regelungen stimmten – oder sie gaben einfach dem Druck der gastronomischen Interessensvertreter nach. Das Problem ist jetzt, dass die Kommunen, obgleich sie eine solche Sperrstunde oder auch das Verbot des Verkaufs von Alkohol gerne umsetzen würden, dies vor dem Hintergrund der Landesgesetzgebung nur sehr eingeschränkt tun können. In Frankfurt wird das jetzt punktuell probiert. Corona hat viele gesellschaftliche Probleme besonders sichtbar gemacht. Das gilt auch für die gewalttätigen Ereignisse in Stuttgart, Frankfurt und anderswo. Beschwerden wegen Ruhestörungen und Vermüllung gibt es nicht erst jetzt. Das Zusammenleben von Menschen setzt Kompromisse voraus. Damit sich nicht nur die Stärkeren und Lauteren durchsetzen, erfordert dies auch den Mut zur Schaffung und Durchsetzung vernünftiger und verantwortlicher staatlicher Regelungen. Die Wiedereinführung einer Sperrzeit wäre eine solche sinnvolle Regel. Quelle: Dr. Ulrich Wagner, Uni Marburg

Auch andere Deliktsbereiche werden (der Corona-Pandemie geschuldet) nach Rückkehr in einen „Alltag vor der Pandemie“ höchstwahrscheinlich rasant zunehmen. Im Fokus stehen unter anderem Straftaten wie zum Beispiel die häusliche Gewalt.

„Die Polizei sieht bislang noch keinen spürbaren Anstieg von häuslicher Gewalt,

die Anzeichen für einen Anstieg mehren sich aber. Bis neue Daten in den Kriminalstatistiken zu finden sind, dauert es eine ganze Weile. Zudem sind sich Experten von Beratungsstellen und vom Kinderschutz sicher, dass Fälle von häuslicher Gewalt oft erst verspätet angezeigt werden. Vermutet wird auch eine hohe Dunkelziffer, weil nicht jeder Fall angezeigt wird“ sagt Sarah Kesselberg von der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt in Rostock. Quelle: www.ndr.de/nachrichten

Die Entbehrungen der vergangenen Monate und die Folgen des „Lockdowns“ bringen Menschen noch früher in „grenzwertige Situationen die schneller in Überreaktionen und folglich in psychische und physische Gewalt münden. Unabhängig von den Einflüssen der Corona-Pandemie war bereits im vergangenen Jahr eine Zunahme gerade der Gewalt gegen Polizeibeamte wahrzunehmen. Durchschnittlich 12 gewalttätige Übergriffe pro Tag zum Nachteil von Polizeibeamten gab es im Jahr 2019. Mit knapp 90 % war allem voran der Schicht- und Wechseldienst innerhalb der Polizei betroffen. Auch andere sichtbare Vertreter des Staates sind häufig als Erstes von Gewalt betroffen. Bestätigt wird diese Einschätzung auch von den zunehmenden Angriffen beziehungsweise Anfeindungen gegenüber Vertretern aus der Kommunalpolitik.

„Erich Pipa (SPD) wird nicht mehr bei den Landratswahlen für den Main-Kinzig-Kreis im kommenden Jahr antreten. Die Entscheidung fiel ihm nach eigenen Angaben nicht leicht, hat aber auch damit zu tun, dass der Landrat mit dem Leben bedroht wurde. Für Informationen stellt er jetzt 3.000 Euro Belohnung in Aussicht.“ Quelle: www.op-online.de

Viele Mandatsträger aus Stadtparlamenten berichten mittlerweile über solche oder ähnliche Erfahrungen oder Erlebnisse. Trauriger Höhepunkt war der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke. In Hessen hat die Landesregierung, insbesondere aufgrund der Zunahme der unsäglichen Kommentierungen in den sozialen Netzwerken nach Straftaten zum Nachteil von Menschen das Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Hatespeech initiiert.

Der mutmaßlich rechtsextremistisch motivierte Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke, der rassis-



tische Mordversuch von Wächtersbach und der gewaltsame Tod eines kleinen Jungen in Frankfurt sowie die Reaktionen darauf im Internet haben uns mit Abscheu, Entsetzen und Trauer erfüllt. Unsere Anteilnahme, unser Mitgefühl und unsere Unterstützung sind bei den Hinterbliebenen. Konsequenz

und damit logische Folge daraus kann es nur sein, die Anonymität des Internets „aufzuheben“.

Klarnamen müssen in Zukunft, auch wenn nur mit richterlichem Beschluss, für die Strafverfolgungsbehörden abrufbar sein. Hass und Bedrohung dürfen auch im Internet nicht ungesühnt bleiben. Auch wenn viele User im Internet als persönliche Profile ausschließlich „Nicknames“ verwenden, muss es gesetzliche Möglichkeiten geben, dass die Anbieterplattformen der sozialen Netzwerke die Klarnamen der jeweiligen „Nutzer“ registriert haben müssen. Möglicherweise werden nachvollziehbare „Hemmschwellen“ dafür sorgen, dass unsägliche Kommentare, Hetze und Beleidigungen im hohen Maße reduziert werden. Die Gesamtthematik zur Vorratsdaten-

speicherung muss endlich entzerrt werden. Weitere flankierende Maßnahmen die helfen können, Gewalt, Bedrohung und Hass einzudämmen, ist eine umfassende und generalpräventive polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit. Egal in welchen Bereichen der Gesellschaft, es besteht großer Bedarf daran, vorhandene Präventionsstellen auszuweiten. „Gewalt in der Familie“, „Gewalt im Sport“ oder „Gewalt im Internet“, Prävention ist überall nötig.

Die Gewerkschaft der Polizei fordert daher den konsequenten personellen Aufbau vorhandener polizeilicher Strukturen bzw. die Neubegründung entsprechender Kommissariate und Ermittlungsgruppen mit zusätzlichem Personal. Hier ist ausdrücklich auch externes Fachpersonal zu rekrutieren, z. B. IT-Experten und IT-Forensiker. ■

Positionspapier des Landessenorenvorstandes

(Erkenntnisse aus und in der COVID-19-Pandemie)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Landessenorenvorstand Hessen hat sich in seiner Sitzung am 13. August 2020 mit dem Thema „Seniorinnen und Senioren der Polizei in und nach der COVID -19-Pandemie“ beschäftigt. Dies zu einem Zeitpunkt, an dem die Pandemie noch nicht überwunden und die weiteren Entwicklungen nicht klar sind.

In § 2 Abs. 3 unserer Satzung sind u. a. als Aufgabe und Ziele beschrieben, dass die GdP die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Ziele der ehemals Beschäftigten vertritt und eine Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen erstrebt. Gemäß unserer Seniorenrichtlinie hat die Seniorengruppe unter anderem die Belange der ehemals Beschäftigten zu vertreten und den GLBV und LBV zu beraten. Dem kommen wir mit diesem Positionspapier nach. **Wir bitten unsere Überlegungen in Gespräche, Veranstaltungen und Beschlüsse innerhalb unserer GdP, in Verhandlungen mit der Politik und in Öffentlichkeitsmaßnahmen einzubeziehen.**

Gesundheitspolitische Herausforderungen

Privatisierungen im Gesundheitswesen und der Pflege, die hauptsächlich der Gewinnmaximierung von Anlegern dienen, sind abzulehnen. Es müssen verbindliche Mindeststandards an Personalaufwand im Gesundheitswesen und der Pflege festgelegt werden. Dies in einer Größenordnung, die eine menschenwürdige Pflege und Betreuung ermöglichen. Es braucht einen verbindlichen Tarifvertrag für die gesamte Branche, der flächendeckend gilt. Dazu bedarf es zwingend einer starken gewerkschaftlichen Organisation der Beschäftigten. Nur so wird für Frauen und Männer, die als Pflegenden für Menschen arbeiten wollen, deutlich, dass dies ein Beruf ist, der als wesentlich für das Gelingen unserer Gesellschaft gesehen und auch entsprechend entlohnt wird. Bei Medikamenten, Hilfsmitteln und Schutzausrüstungen ist eine, auch für Pandemien, ausreichende Vorratshaltung zu betreiben. Die Produktion im Inland und der EU ist zu verstärken.

Wirtschaftliche Herausforderungen

Die Corona-Krise ist nicht nur eine gesundheitspolitische Herausforderung, sie ist es auch und ganz besonders in finanzieller Hinsicht. Viele, die ständig den schlanken Staat und Steuersenkungen gefordert haben, waren oft die Ersten und Lautesten, die nach staatlichen Hilfen gerufen haben. Man hatte den Eindruck, es ging nur noch darum, herauszuholen was nur möglich war. Durch den Personalabbau im öffentlichen Dienst hat man nicht mehr die personellen Ressourcen, um eine Bedürftigkeit oder einen Anspruch zu prüfen. Es ist zu befürchten, dass die enormen Summen, die für die wirtschaftlichen Folgen aufgewendet werden mussten und müssen, letztlich zu Einsparungen in vielen Bereichen führen. Erfahrungsgemäß werden Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, insbesondere der Versorgungsempfänger und der Rentnerinnen und Rentner ausgetragen. Es muss dauerhaft eine Altersarmut verhindert werden. Deshalb sehen wir die Notwendigkeit eines stabilen Rentenniveaus, das diesem Anspruch gerecht wird. Wenn man bereits jetzt in den Nachrichten als Überschrift „Rentner sind die Gewinner der Pandemie“



Foto: Dieter Schütz/pixelio.de

landweite Einschränkungen der persönlichen Freiheit und damit im Freizeitverhalten aufgrund der Corona-Pandemie, wird häufig als Auslöser für Gewaltausbrüche, nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch im familiären Umfeld, gesehen.

Erstaunlicherweise bleibt eine wesentliche Ursache für die Ereignisse in Stuttgart und Frankfurt weitgehend undiskutiert: Der zugrundeliegende Konflikt und seine Struk-



einen Bericht eines Lobbyisten (Wirtschafts-

ökonom) zur Kenntnis nehmen musste, dann weiß man, wohin die Reise geht. Es wetzen die das Messer unter dem Stichwort Corona, die schon immer Rentenkürzungen wollten. Der Verteilungskampf wird auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen. Der DGB hat zu diesem Thema eine ausführliche Stellungnahme unter dem Titel „Corona und Rente – Panikmache unangebracht“ herausgegeben. Es stehen im kommenden Jahr die nächsten Tarifverhandlungen für Hessen an. Dem folgen auch die nächsten Gehaltsrunden für die Beamtinnen und Beamten und die Versorgungsbezüge. Als Wertschätzung der Arbeit der Polizei sollte auch die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage ständig Teil der Forderungen unserer GdP sein. Das Augenmerk aller Verantwortlichen ist darauf zu richten, dass nicht diejenigen, die mit dazu beigetragen haben, diese noch nie gekannte Krise erfolgreich in unserem Land zu bewältigen, letztlich als Verlierer dastehen.

Gegen Isolierung älterer Menschen

Auch in der Pandemie müssen sinnvolle Besuchsregelungen erarbeitet werden, um in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen die Einsamkeit betroffener Menschen zu lindern, aber auch um Seelsorge und Trost zu spenden. Alle Beschränkungen müssen regelmäßig auf deren Verhältnismäßigkeit überprüft werden. Alle Einrichtungen müssen Lösungen finden, die sicherstellen, dass Partner und Kinder bei ihren Angehörigen sein können, wenn deren Leben zu Ende geht. Über den nicht zu ersetzenden persönlichen Kontakt hinaus, sehen wir die dringende Notwendigkeit von Telefon und Internet. Alle Einrichtungen müssen mit WLAN und mobilen Endgeräten ausgestattet werden. In den Einrichtungen sollte Personal vorhanden sein, welches älteren Menschen bei der Nutzung der modernen Kommunikationsmittel behilflich ist. Unsere GdP sollte für Seniorinnen und Senioren verstärkt Seminare anbieten, die unsere Mitglieder in die Lage versetzen, sowohl zu Hause in ihrem gewohnten Umfeld als in Alten- und Pflegeheimen das

Internet nutzen zu können. Unsere GdP-Homepage als Informationsquelle ist für Seniorinnen und Senioren besonders von Bedeutung. Sie sollte immer aktuell gehalten werden.

Solidargemeinschaft – Jung und Alt miteinander – keine Spaltung der Gesellschaft

Die Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Pandemie dürfen nicht als Opfer der Jungen für die Alten definiert werden. Ein Fehler war und ist, dass oft dargestellt wurde und immer noch wird, es würden nur alte Menschen oder welche mit schlimmen Vorerkrankungen schwerwiegend von Corona getroffen. Dies führte u. a. zu Protesten gegen Schutzmaßnahmen, zu Partys und Zusammenkünften ohne Abstände und Schutzmasken durch leichtsinnige junge Leute, durch Verschwörungstheoretiker und sonstige Ignoranten. Die GdP sollte dafür eintreten, dass dargestellt wird, dass auch jüngere Menschen von dem Virus schwer betroffen wurden und werden und Schutzmaßnahmen der gesamten Gesellschaft dienen. Niemand kennt zurzeit die Langzeitwirkungen einer Ansteckung. Die Jungen von heute sind die Alten von morgen. Alles das, was heute in der Altersversorgung verbessert oder verschlechtert wird, wird die junge Generation später treffen.

Danke!

Gewerkschafter üben oft Kritik an politischen Entscheidungen. Hier muss es auch einmal in die andere Richtung gehen. In einer Zeit, in der eigentlich niemand genau wusste was erforderlich oder nicht notwendig war, haben sich die politisch Verantwortlichen in Deutschland in schwierigen Abwägungsprozessen sehr gut verhalten. Sicherlich sind viele, wie bei allen Anlässen, hinterher schlauer und melden sich dann kritisch zu Wort. Vergleicht man die Ausbrüche von Corona und die schwerwiegenden Folgen in anderen Ländern mit den Ergebnissen in unserem Land, so sagen wir als Senioren der GdP Hessen den politisch Verantwortlichen Danke!

Wir sagen den Krankenschwestern, Pflegekräften und Ärzten für ihre aufopferungsvolle Arbeit Danke! Wir können hier nicht alle aufzählen, denen Dank gebührt. Da sind z. B. noch die Rettungsdienste, Verkäuferinnen an den Kassen und viele mehr, denen Dank gebührt. Euch allen Danke von den Seniorinnen und Senioren der GdP Hessen.

Wir sagen unseren aktiven Kolleginnen und Kollegen der Polizei Danke! Die Bürgerpolizei hat in der Bundesrepublik Deutschland, genau wie in der Vergangenheit, in schwierigen Zeiten mit großem persönlichem Einsatz alle Herausforderungen gemeistert.

Betrachtungen der aktuellen Situation aus Sicht der Seniorinnen und Senioren

Unabhängig von der COVID-19-Pandemie sah der Landesseniorenvorstand es angezeigt, einige Anmerkungen aus seiner Sicht zur aktuellen Lage zu machen. Die Polizei in der Bundesrepublik ist die demokratischste und rechtsstaatlichste, die es je auf deutschem Boden gegeben hat. Wir sind entsetzt, was auf unsere aktiven Kolleginnen und Kollegen abgelenkt wird. Sie werden bei Einsätzen, selbst bei Hilfeleistungen, angegriffen. Ganze Gruppen solidarisieren sich mit Straftätern oder Störern und greifen die Kolleginnen und Kollegen an. Teile der Presse verschleiern mit der Sprache die tatsächlichen Sachverhalte. Da werden z. B. aus Randalierern feiernde junge Leute, Gewalttäter werden zu Demonstrationen. Wortschöpfungen wie Wutbürger erfindet man. Unter dem Deckmantel Satire schafft es die taz verbal Kolleginnen und Kollegen (Menschen) auf den Müll zu werfen. Pressefreiheit ist ein hohes Gut der Demokratie. Den Auswüchsen von Veröffentlichungen sollte man aber gerade im Interesse der Pressefreiheit entschlossen entgegenzutreten. Werden Hintergründe von gewalttätigen Gruppen ermittelt und es werden Migrationshintergründe beleuchtet, unterstellt man der Polizei sofort Rassismus. Ereignisse in den Vereinigten Staaten nimmt man zum Anlass, die Polizei als Ganzes in Deutschland als rassistisch einzustufen. Selbsternannte Weltenretter von links, rechts oder aus sonstigen Gründen nehmen für sich in Anspruch, die Polizei als den erreichbaren Repräsentanten des Staates angreifen zu dürfen. Zur persönlichen Profilierung wird Einsatzverhalten auch von Politikerinnen und Politikern negativ kommentiert ohne Hintergrundwissen und genaue Kenntnis der tatsächlichen Situation. Man beleuchtet öffentlich nicht mehr das Verhalten von Rechtsbrechern, sondern das der Polizei. Es ist die gesamte demokratische Gesellschaft gefordert, insbesondere auch die Justiz, vorbeschriebenen Auswüchsen entschlossen

entgegenzutreten. Wie sollten sonst demokratisch und human gesinnte junge Menschen in Zukunft noch den Polizeiberuf ergreifen? Es gab auch schon immer Kritik am Verhalten der Polizei, was ja durchaus in einer Demokratie möglich sein muss.

Es gibt auch Beamtinnen und Beamte mit radikalen und undemokratischen Grundeinstellungen innerhalb der Polizei. Die Polizei ist Teil der Gesellschaft. Solche sind nicht unsere Kolleginnen und Kollegen und haben nach Auffassung des Landesseniorenvorstandes nichts in der Polizei zu suchen. Die Gewerkschaft der Polizei ist schon immer entschlossen für den freiheitlichen Rechtsstaat eingetreten. Deshalb sind wir in der GdP-Mitglieder geworden und engagieren uns bis heute in ihr noch aktiv. Aus unserer Sicht darf es aber nicht sein, dass Fehlverhalten Einzelner auf die ganze Organisation übertragen wird. Es gibt auf diesem Feld aber auch einen seltsamen politischen Aktivismus. Für strafrechtlich relevantes Verhalten gibt es die Justiz. Darüber hinaus werden Verstöße auch disziplinarrechtlich geahndet und haben teilweise erhebliche Folgen. Die Disziplinarvorgesetzten sind die Polizeipräsidenten und politischen Beamten. Sie sind von der Politik eingesetzt und können jederzeit ausgetauscht werden. Die Bürgerinnen und Bürger können sich an sie wenden. Warum bedarf es darüber hinaus noch besonderer politischen Einrichtungen zur Kontrolle der Polizei? Traut man seinen eigenen Polizeipräsidenten nicht? Hat man im Strafrecht oder im Disziplinarrecht die falschen Gesetze geschaffen? Ist es vielleicht nur Aktivismus ohne tieferen Sinn, der vor der Öffentlichkeit belegen soll, ich bin jemand, der alles tut, um Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten? Die traurige Spitze bildet an Misstrauen gegenüber ihrer Polizei Berlin mit dem Antidiskriminierungsgesetz. Dort steht die Polizei unter ständigem Rechtfertigungsdruck durch die Beweislastumkehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns weiter gemeinsam in unserer GdP für eine demokratische Gesellschaft und zum Wohle aller Beschäftigten und der ehemals Beschäftigten in der Polizei kämpfen.

Glück auf
Harald Dobrindt
Landesseniorenvorsitzender

Einladung zur Jahreshauptversammlung der Mitglieder der GdP-Kreisgruppe Limburg-Weilburg

Der Vorstand der GdP-Kreisgruppe Limburg-Weilburg lädt ein zur Jahreshauptversammlung der Mitglieder der GdP-Kreisgruppe Limburg-Weilburg am Donnerstag, 19. November 2020, 12 Uhr. Die Versammlung findet statt im Restaurant „Klickermill“ in 65606 Villmar, König-Konrad-Straße 36.

Als Tagesordnung ist vorgesehen:

Begrüßung
Ehrung der Verstorbenen
Protokoll der letzten Jahreshauptversammlung
Gemeinsames Mittagessen
Berichte aus dem Vorstand
Entlastung des Vorstandes
Wahl eines Kassenprüfers
Berichte der geladenen Gäste
Verschiedenes

Ergänzungen werden erbeten bis acht Tage vor der Versammlung an den Vorsitzenden Uwe Meier, telefonisch unter (0170) 3264533 oder per E-Mail an gdp.limburg-weilburg@web.de

Mit kollegialen Grüßen
Uwe Meier

Wir trauern um unsere Mitglieder

Alfred Schneider
Kreisgruppe Main-Kinzig

Waltraud Dey
Kreisgruppe Frankfurt

Manfred Meise
Kreisgruppe Gießen-Wetzlar

Alice Porcu
Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg

Dieter Pilgrim
Kreisgruppe Marburg-Biedenkopf

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!

Jubilare

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Lutz Dombrowski
Thomas Kohlenberg
Kreisgruppe HPB Lich

40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Jürgen Gottwalz
Kreisgruppe HBP Lich

Soziale Medien

Facebook:

GdP Hessen: GdPHessen
Junge Gruppe Hessen: [gdpjhessen](https://www.facebook.com/gdpjhessen)
GdP-Bundesvorstand: [gdp.de](https://www.facebook.com/gdp.de)
GdP Frankfurt: GdP – Bezirksgruppe Frankfurt am Main

Twitter:

GdP Hessen: [@gdp_hessen](https://twitter.com/gdp_hessen)
GdP-Pressestelle Bundesvorstand: [@gdp_presse](https://twitter.com/gdp_presse)

Instagram:

GdP Hessen: [@gdp.hessen](https://www.instagram.com/gdp.hessen)

Youtube:

GdP Hessen: GdP Hessen
GdP Bund: Gewerkschaft der Polizei Bundesvorstand

Jetzt Mitglieder werben!



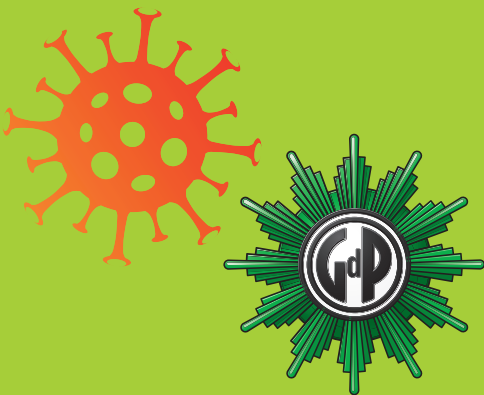
#EineFuerAlle



Gemeinsam machen wir gerade eine sehr schwierige Zeit durch. Viele von uns sorgen sich um die Gesundheit ihrer Familien, ihrer Kolleginnen und Kollegen und auch um die eigene Gesundheit. Gerade jetzt ist es wichtig, einen starken Partner an Deiner Seite zu haben, der Deine Interessen vertritt!

Die GdP ist die größte und einflussreichste Gewerkschaft im Polizeibereich – eine **Gewerkschaft für ALLE**, die in der Polizei ihrem Beruf nachgehen, – für Beamte und Tarifbeschäftigte, nur **gemeinsam werden wir Zukunft solidarisch und demokratisch gestalten können!** Denn wir kümmern uns um alle!

Tolle Verlosungsaktionen für Werber/innen und Neumitglieder sowie attraktive Prämien!



Gewerkschaft der Polizei

Hessen



-> Infos

GdP Hessen · Wilhelmstr. 60 a · 65183 Wiesbaden · www.gdp.de/hessen · www.facebook.com/gdphessen

Wir danken unseren Sponsoren:

